

Besuch von Goethes bei Briand.

Ministerrat mit der Herabsetzung der Besatzungshäfte im Rheinland befaßt und ein kleines Zugeständnis an Deutschland gemacht hat. Es ist die Rede von einer Verminderung der Rheinlandarmee um 5000 Mann. Andererseits aber habe Briand vom Kabinett den Auftrag erhalten, alle Forderungen der Reichsregierung auf eine darüber hinaus gehende Verminderung der Rheinlandarmee zurückzuweisen. Die Entscheidung des französischen Kabinetts sei auf deutsche und britische Vorstellungen hin erfolgt. Die Verminderung der Rheinlandarmee werde unmittelbar nach der Völkerversammlung im September stattfinden. Der deutschen Regierung werde die Entscheidung aber sofort mitgeteilt werden, da man in Paris hoffe, daß sie dazu beitrage, die Schwierigkeiten der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu überwinden. „Reit Parisien“ schreibt, außer dem Bericht des Generals Guillaume vom Februar habe der Minister auch neue Mitteilungen des Chefs der Rheinarmee geprüft, die dieser an den Kriegsminister und an den Außenminister gerichtet habe. Der Ministerrat habe sich zum Schluß auf der Grundlage der von Außenminister Briand gemachten Vorschläge geeinigt.

Wenn die Vorschläge Briands auch die Billigung des
Marshall's Betain und des Generals Guillaumain gefun-
den haben, dann brauchen wir unsere Erwartungen nicht
sonderlich hoch zu spannen. Der Höchstkommandierende
der französischen Rheinlandsarmee hätte wohl kaum
seine Zustimmung zu einer in größerem Maßen
gehaltnen Herabsetzung der Truppenstärke gegeben. Er
müßte ja sonst seine eigene Meinung preisgeben, die
er doch erst in dem bekannten Bericht vom Februar
dieses Jahres drastisch geäußert hat. Die Vermuthung
des „Dailly Express“ wird wahrscheinlich zutreffen, daß
Paris hoffe, eine Mitteilung über die Absichten der
Franzosen werde in Berlin günstig wirken. Aber
die französische Armee die Pariser Bevölkerung noch wohl nicht,
daß sie durch ihren Beschluß nur den Verzicht auf
Verhandlungen über den letzten Berg hinweggehehen
wollen. Man kann vielmehr getrost die Befestigung
wagen, daß das kleine Zugeständniß hinsichtlich
der Stärke der französischen Besatzungsarmee seinen Zweck

radegu vorbildlich die Meinung sagt! „Heute von Charakter und Erziehung“, heißt es in dieser Bekanntmachung, „ächten die Befinnung anderer. Andersdenkende dadurch zu kränken, daß man das Symbol ihrer Anschauung beschimpft, beschädigt oder gewaltsam entfernt, verdrät weber gute Sinderfube, noch ist es ein Beweis vaterländischer Befinnung. Die fchwarzrothgoldene Flagge war durch ein halbes Jahrhundert Symbol aller nationalen Einigungsbeftrebungen. Heute ist fie die amüthige Reichsflagge. Wer die fchwarzrothgoldene Flagge beschädigt oder befchimpft, verleumert ein wertvolles Zeil deutcher Entwicklungsfchichte, zeigt einen Mangel an Ehrfurcht vor der Vergangenheit feines Volkes, befchmüht Vaterland und Reich, deffen Hoheitszeichen jeßt die Flagge ift, macht fich felbft verdächtig vor jedem Ausländer. Es ift nicht patriotifcher Ueberfchwang, es ift nationale Würdelofigkeit, äußerkhaft die Reichsflagge zu befchaden.“

Die Farben des Reiches sind durch die Verfassung bestimmt. Sie gehören zu den Symbolen des Reiches. Wer im Interesse des inneren Friedens für staatsbürgerliche Toleranz eintritt, wird auch Verständnis dafür haben, daß sich viele Volksgenossen, obwohl schon acht Jahre darüber vergangen sind, noch nicht mit diesen Symbolen abfinden können. Mögen sie, solange es ihnen gefällt, bei den alten Farben bleiben, mit Gwangtrepublikanern ist dem neuen Staate nicht zu zwingen. Aber die Verfassung ist Gesetz, und Achtung vor dem Gesetze muß von jedem Deutschen gefordert werden. Freude und Begeisterung dagegen lassen sich nicht erzwingen. Auch in den Reichen des Zentrums gibt es noch Kreise, die sich dazu nicht aufzuringeln vermögen. Vergaren wir das ihnen nicht! Ihre Treue zur Partei begreift hoch, daß sie anerkennen, was seit Weimar Gutes zum Wohle des deutschen Volkes geschaffen worden ist. Selbst auf der Rechten wird nicht mehr überall diese Anerkennung verweigert. Von da bis zum Bekenntnis zum neuen Staat und seiner Verfassung ist der Weg nicht allzu weit. Das ganze deutsche Volk ist heute einig in dem Wunsch nach der Vereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich. Sie ist nur unter Schwarzrotgold möglich, unter den Farben der Weimarer Verfassung. Solche Gedanken aber führen von selbst zu der Zuversicht, daß der Verfassungstag in nicht zu ferner Zukunft ein vieltägiger nationaler Feiertag sein wird, ein Tag, an dem das hohe Lied von Einigkeit und Recht und Freiheit von den Lippen aller Deutschen erklingt und dem Ausland den Lebenswillen der deutschen Nation verknüpft.

× Paris, 10. August. An maßgebender französischer Stelle hält man sich über die Beratungen des geheimer Ministerates, soweit sie die Herabsetzung der Rheinlandtruppen betreffen, in Schweigen, stellt dagegen in Aussicht, daß in nächster Zeit nähere Angaben erfolgen könnten. Man erklärt, daß von der französischen Morgenpresse gebrachte Mittheilungen, die in ganz allgemeiner Form gehalten seien, nicht die einzigen seien, die zur Zeit bekanntgegeben werden können. Die Veröffentlichung des „Matin“, der meldete, daß der Ministerat über die Zahl der Truppen etwas habe, die noch im Rheinlande verbleiben sollen, wird nicht dementirt. Dagegen erklärt man, daß es sich um eine allgemeine Formel, aber nicht um eine bestimmte Zahl gehandelt habe, auf die der Ministerat sich geeinigt habe.

Wie wir von nichtoffizieller Seite hierzu erfahren, ist Briand im Ministerrat bei der Besprechung der Aufgabe der schiedsrichterlichen Völkervermittlung aus auf die Forderung der Reichsregierung aus Herabsetzung der Rheinlandtruppen zu sprechen gekommen und soll von sich aus eine Zahl in Vorschlag gebracht haben, die mit der vom Kriegsminister Balthazar gleichzeitig genannten nicht übereinstimmt. Es soll jedoch im Laufe der Aussprache im Ministerrat gelungen sein, eine vorläufige in Aussicht zu nehmende Minimalzahl festzusetzen, die die Möglichkeit bieten würde, in Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung deren Standpunkt mehr oder weniger entgegenzukommen. Die von der Presse verbreitete und auch von „Daily Telegraph“ heute genannte Ziffer von 5000 Mann, die die Rheinlandtruppen herabgesetzt werden sollen, wird dagegen als unzutreffend bezeichnet.

Von unserer Berliner Redaktion.
Berlin, 10. August. (Drahtb.)
Die Meldungen der englischen und französischen
Presse stimmen dahin überein, daß sich der französische

wissen, der auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei stehende Abgeordnete von Kardorff, der früher deutchnational war, wird die Versassungsrede halten, und der wie sein verstorbener Vorgänger mühegältig und überparteilich seines Amtes haltende Reichspräsident von Hindenburg, der jedem Gegner der heutigen Staatsform durch seine Pflichterfüllung zeigt, wie der wahrhaft national gesinnte Monarchist sich zum Gegenwartsstaate zu stellen hat, wird durch seine Anwesenheit erneut zum Ausdruck bringen, daß die Versassung, auf die er ben Göt geschworen, etwas dem deutschen Volke heiliges sein muß. Wie kleinlich erscheint demgegenüber das Verhalten einzelner Städte, die erst durch die in diesen Tagen vom Ständigen Ausschuß des Preussischen Landtags gebilligte Flagenver-

:: Berlin, 10. Aug. In seiner heute unter dem Vorsitz des Reichsfänglers abgehaltenen Sitzung hat das Reichskabinett den Vortrag des Reichsaußenministers über die auswärtige Lage entgegengenommen. An den Ausführungen des Außenministers schloß sich eine Aussprache, welche die Uebereinstimmung der infrage stehenden außenpolitischen Probleme ergab.

ordnung gezwungen werden mußten, am Verfassungstage die deutsche Nationalflagge zu hissen, wie kleinlich das Verhalten der Rechten, die gegen diese etwas Selbstverständliches durchführende Verordnung Hetzermordio schreit, wie kleinlich das Land Bayern, dessen Regierung nur Flaggen in Landesfarben am Verfassungstage für würdigenzwert erklärt hat! Und wie sticht das Benehmen jener Leute von dem Verhalten des von ihnen doch durchweg verehrten Reichspräsidenten von Hindenburg ab, die in den Valedicten der der See meistnächstlicher Stelle einen Kampf gegen (schwarzrotgoldene) Fahnen am Strandbörben oder auf Sandburgen sähen. Gut ab vor dem Hofrat Anders, dem weder zur Linken noch zum Centrum gebührenden Kurbinvestor von Salt, der solchen Leuten in einer Besanftigungsaussage ge-

Von unserer Berliner Redaktion.

◇ Berlin, 10. August. (Draht)

Die heute stattgefundene Sitzung des Reichskabinetts wurde schon vor ihrem Beginn von einem Teil der Presse daher benutzt, um die Behauptung aufzustellen, die Reichsregierung plane eine Verringerung des außenpolitischen Kursets. Daß solche Meldungen lediglich auf die Spitze der Hundsbälle zurückzuführen sind, muß nicht besonders betont werden. So lange Dr. Warg als Reichsfinanzler und Dr. Stresemann als Außenminister die Verantwortung für die Führung der Reichsgeheimnisse zu tragen haben, ist an eine Verringerung der Außenpolitik nicht zu denken. Auch in Fragen der Handelsvertragspolitik herrscht im Reichskabinetts völlige Einmütigkeit. Den Kritikern an der jetzigen Methode dürfte es übrigens auch schwer fallen, auf dem Gebiet der Außenpolitik einen anderen gangbaren Weg zu benennen.

Ebenso müssen alle Meldungen über eine angebliche innere Krise in das Reich der Fabel verwiesen werden. Wenn zur Begründung einer solchen Besaufung das Reich schuldig gemacht herangezogen wird, so kann gesagt werden, daß die eigentlichen Veranlassungen den Entwurf dieses Gesetzes doch erst im Spätherbst einfließen werden. Die Septembertagung des Reichstages soll nur dazu dienen, die Vorlage für die Erörterung im Ausschuss reif zu machen. Somit ist es einstweilen vollkommen unnütz, aus welcher Quelle eine Koalitions- oder Kabinettskrise entspringen könnte. Die in den letzten Wochen beliebigen Alarmnachrichten sollen nur Verwirrung stiften, sonst nichts.

Polizeiliche Sicherungen bei Veranstaltungen politischer Organisationen

22. Berlin, 10. Aug. Der Preussische Innenminister hat bei dem hiesigen Preussischen Pressesekretär zufolge in einem Rundschreiben nachstehendes darauf hingewiesen, daß die verfassungsmäßige Versammlungsbefreiung nicht auch den ungehinderten Abmarsch der Versammlungen in die Umgebungen einschliesse und deshalb für eine hinreichende polizeiliche Sicherung an den Abmarschstraßen zu sorgen ist. Insbesondere seien die Landjäger- oder Schutzpolizeiposten in solchen von dem Durchmarsch berührten Orten einzusetzen, in denen vorwiegend polizeiliche Gegner der Versammlungsteilnehmer zu vermuten sind. Diese Sicherungsmaßnahmen hätten sich selbstverständlich auch gegen Ausdehnungen der durchfahrenden Verläufe auf die Gassen zu richten. Weiter weist der Verlaß auf die Möglichkeit von Schussverletzungen bei polizeilichen Auflösungen hin. Wenn auch gewöhnlich die Träger von Waffen nicht in sich selbst Waffenmehres seien, so müsse doch auch bei der Verhinderung der Voraussetzungen für die Erzielung von Waffengewinn an Mittelposten polizeilicher Oranisationsformen besondere Sorgfalt geübt werden.

er 50 Proz. der
 ihm ebenfalls der
 en. — Als nächst-
 und gewählt.

